

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 26.04.2016

TTIP: Niedersachsens Chancen nutzen - Europäische Standards wahren

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Niedersachsen hat als Wirtschaftsstandort mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft in besonderer Weise die Chance, vom geplanten Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zu profitieren. Durch den Abbau von Zöllen und durch die gegenseitige Anerkennung von Normen und Zulassungsverfahren können die niedersächsischen Unternehmen aufgrund der engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft nachhaltig wachsen.

Selbst der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies formuliert dazu im Interview mit der *NWZ* vom 26.04.2016: „Die Politik muss sich fragen, warum es nicht gelungen ist, mehr Menschen von dem Sinn von Verhandlungen zu überzeugen. Ich bin sicher, dass ein klug ausgehandeltes Abkommen mit Standardisierungen und angeglichenen Normen, z. B. bei Elektromobilität, Arbeitsplätze in Europa und den USA sichert. (...) Der Politik ist es nicht gelungen, mehr Transparenz zu schaffen. Damit werden Tür und Tor geöffnet für Vermutungen und Behauptungen. Das ist der ganz große Fehler der Politik. Aber: Augen zu und durch geht nicht. Jetzt hilft nur Überzeugungsarbeit mit maximaler Transparenz. Die USA sind nicht unsere Gegner: Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, dass Bedenken den USA und weniger TTIP gelten.“

Auf die Frage, ob TTIP Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffe antwortet der Minister: „Definitiv! Von einer engeren Verzahnung der Märkte werden niedersächsische Unternehmen profitieren.“

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, den Abschluss von TTIP aktiv zu fördern, indem sie

1. bei den Menschen in Niedersachsen aktiv für den Abschluss von TTIP wirbt und
2. die Bundesregierung, insbesondere den fachlich zuständigen Bundesminister für Wirtschaft und Energie, dabei unterstützt, für Transparenz und Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung zu sorgen.

Viele Menschen machen sich Sorgen um die möglichen Auswirkungen von TTIP auf ihr Leben und fühlen sich schlecht informiert. Diese Sorgen müssen ernst genommen werden. Notwendig ist eine ernsthafte, faktenbasierte und sachorientierte Debatte, in der darüber aufgeklärt wird, dass

- TTIP die hohen EU-Standards im Verbraucherschutzrecht, bei der Lebensmittelsicherheit sowie beim Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht beeinträchtigt,
- TTIP das öffentliche Krankenhauswesen und die öffentliche Daseinsfürsorge in Deutschland und im Land Niedersachsen nicht gefährdet,
- die Entscheidung über eine öffentliche Förderung von Kultur auch weiterhin den EU-Mitgliedstaaten überlassen bleibt.

Darüber hinaus soll sich die Landesregierung aktiv dafür einsetzen, dass

3. Regelungen zum Schutz von Investoren gefunden werden, die
 - a) die Gesetzgebung des Bundes und der Länder nicht durch gesonderte Schiedsgerichte infrage stellen, und
 - b) sicherstellen, dass der nationale Rechtsweg in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union immer ausgeschöpft wird und Vorrang vor schiedsgerichtlichen Verfahren hat.

Sollten Schiedsgerichte eingeführt werden, so sind diese durch präzise und eindeutige Formulierungen so auszugestalten, dass keine Auslegungsspielräume entstehen und sichergestellt ist, dass eine Regulierung im Sinne des Allgemeinwohls weiterhin möglich ist.

4. Weiterhin sollte sich die Landesregierung aktiv dafür einsetzen, dass Regelungen zum Schutz der berechtigten Interessen der deutschen und europäischen Landwirte gefunden werden, die diese in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht zusätzlich belasten.

Begründung

Der Industriestandort Niedersachsen ist aufgrund seiner engen Verflechtungen mit der Weltwirtschaft unmittelbar vom internationalen Handel abhängig. Der Abbau von Handelshemmnissen bedeutet für Niedersachsen die Chance, nachhaltig zu wachsen. Der Abbau von Zöllen sowie die gegenseitige Anerkennung von Normen und Zulassungsverfahren vereinfachen den Handel und bringen Wettbewerbsvorteile gegenüber Konkurrenten, die nicht in den Genuss von freiem Handel kommen. Außerdem verteuern Zölle den Endkundenpreis, ein Wettbewerbsnachteil auch für niedersächsische Produkte. TTIP bietet folglich die Chance für niedersächsische Unternehmen zu wachsen. Zusätzlich können Produkte günstiger werden und Verbraucher aus einer größeren Produktvielfalt wählen. Wirtschaftsexperten erwarten, dass das BIP der EU insgesamt durch TTIP um 0,5 % wachsen wird, dies entspräche immerhin 120 Milliarden Euro - jährlich.

Eine CEPR-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass bestimmte Wirtschaftszweige in besonderer Weise von TTIP profitieren können: Danach seien bei Metallerzeugnissen eine Ausfuhrsteigerung von + 12 %, bei chemischen Stoffen + 9 % und bei Kraftfahrzeugen sogar eine Steigerung von + 40 % zu erwarten. TTIP könnte Niedersachsen einen neuen Wachstumsimpuls geben und für neue Arbeitsplätze sorgen.

TTIP ist eine große Chance für Niedersachsen, aber wir müssen die Bedenken und Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich des Abkommens sehr ernst nehmen. Viele Menschen in unserem Lande fühlen sich schlecht informiert und teilweise sogar durch die Politik übergangen. Es ist daher wichtig, das Vertrauen der Bevölkerung durch eine transparentere Gestaltung der Verhandlungen und eine Garantie zurückzugewinnen, dass die in Deutschland und der EU geltenden Umwelt-, Verbraucherschutz- und Gesundheitsstandards nicht aufgegeben werden.

Die Gesetzgebung des Bundes und der Länder darf dabei nicht durch Investitionsschutzbestimmungen und gesonderte Schiedsgerichte infrage gestellt werden. Derartige Regelungen haben einzig den Zweck, Investoren und deren Investitionen vor staatlichen Willkürakten zu schützen. Sollten Schiedsgerichte eingeführt werden, so sind diese durch präzise und eindeutige Formulierungen so auszugestalten, dass keine Auslegungsspielräume entstehen und sichergestellt ist, dass eine Regulierung im Sinne des Allgemeinwohls weiterhin möglich ist.

Gerade in dieser Frage gibt es große Unsicherheiten in der Bevölkerung. Daher sind verlässliche und verständliche Informationen auch in den Fragen von Investitionsschutzbestimmungen besonders wichtig, um Vorbehalte in der Bevölkerung abzubauen.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender